

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsstelle
Kriegsamt Riesa,
Formel Nr. 24,
Postfach Nr. 24.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meissen bestellbarerweise bestimmte Blatt.

Verlagsort
Dresden 1580,
Groschauer,
Riesa Nr. 24.

Nr. 161.

Mittwoch, 13. Juli 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Voranzahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder sonst. Für den Fall des Austritts von Produktionsunternehmern, Erbhöfen und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Tagesabends sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundschriftgröße (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Mastkopfschrift 100 Gold-Pfennige; je nach Umfang und tabellarischer Satz 50%. Festes Tarife. Gewöhnlicher Nachdruck erlaubt, wenn der Betrag vorläufig, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterhaltungsbeilage. In der Regel am Sonntag. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Vertriebsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Jäger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Göttsch, Riesa.

Französische Hysterie.

Von unserem Berliner Vertreter.

Man kann sich des Eindruckes sehr schwer erwehren, daß die Deke, die augenblicklich in Frankreich gegen Deutschland getrieben wird, von einer bestimmten Stelle planmäßig organisiert ist. Eine Ansicht, die um so wahrscheinlicher wird, da diese Deke genau zu dem Zeitpunkt losgebrochen ist, an dem durch Erledigung der Ostfeldzugsfrage und Herabsetzung des Kriegserbes die besagte Räumungsfrage des besetzten Gebietes wieder in ein aktives Stadium getreten ist.

Wie auf Bestellung ist plötzlich der Marschall Foch aus der Verlesung aufgetaucht und hat einem Journalisten des Weekly Dispatch ein Interview gegeben, das von der ganzen französischen Presse auf das Eifrigste kommentiert wird. Foch hat nämlich in dieser Unterredung erklärt, daß für ihn eine vorzeitige Räumung des besetzten Gebietes im Augenblick gänzlich undenkbar ist und daß sich seiner Ansicht nach Abwehrorganisationen gegen einen derartigen Plan der Regierung bilden müßten. Das ist auch ganz programmäßig geschehen. Unmittelbar nach diesem Interview ist eine völkerverständliche Union an die Öffentlichkeit getreten und hat verlangt, daß die gesamte Ohrgrenze befestigt werden müßte, um Vordringen vor Deutschland zu verhindern. Diefelbe geradezu hysterische Angst vor dem waffenlosen Nachbarland spricht aus einem Artikel des Echo de Paris, in dem unter der sensationellen Überschrift „Unsere Sicherheit ist bedroht“ ebenfalls Verteidigungsmaßnahmen gegen Deutschland gefordert werden.

Es muß in diesem Zusammenhang einmal darauf hingewiesen werden, daß das Echo de Paris eine Kampagne gegen Deutschland betreibt, die um so unheimlicher ist, als sie mit völliger Ausbeutung der Luft gegrienen Nachrichten arbeitet. Diese tendenziösen Informationen erhält das Blatt von seinem Berliner Korrespondenten, einem Herrn de Villenus, der ihm erst leihweise gemeldet hat, in den Ostprovinzen Deutschlands würden neue Befestigungen angelegt. Dieser Larentennachricht liegt die Tatsache zu Grunde, daß bei Landsberg drei Soldatensoldaten aufgestellt werden, um eine bessere Überwachung der in dieser Gegend häufigen Waldbrände zu ermöglichen. Diese Sache an sich wäre lächerlich, es ist aber keineswegs das erste Mal, daß Herr de Villenus mit bezweifelhaften Mitteln gegen den Staat arbeitet, dessen Gastfreundschaft er seit geraumer Zeit in Anspruch nimmt. In deutschen politischen Kreisen wird augenblicklich ganz offen die Frage diskutiert, ob dieser französische Journalist etwa mit gewissen deutschen Verbänden in Verbindung steht, die ein Interesse daran haben, im Ausland Stimmung gegen die Reichswehr zu erzeugen.

Man ist in politischen Kreisen der Ansicht, daß die französische Kampagne gegen Deutschland noch einen tieferen Grund hat, als lediglich die Räumung Deutschlands zu hindern. Es erscheint nämlich zweifellos, daß die Stellung des Kabinetts Poincaré derzeit schwer zu halten ist, daß ein Rücktritt innerhalb 24 Stunden fällig werden kann. Der Stern, über den es voraussetzungslos stolpern wird, ist die Gründung der Beamtengehälter, für die die Regierung 3 Milliarden zur Verfügung gestellt hat, während die Finanzkommission der Kammer am Montag mit 14 gegen 8 Stimmen diesen Betrag für gänzlich unzureichend erklärt hat. Wie zuverlässig verläßt, ist Poincaré fest entschlossen, aus dieser Angelegenheit eine Kabinettsfrage zu machen. Auch Pariser Blätter, die bisher die Politik der Regierung stets unterstützt haben, sprechen ganz offen davon, daß Poincaré diesmal in der Minderheit bleiben wird. Die Folge davon würde voraussichtlich die Auflösung der Kammer und die Ausschreibung von Neuwahlen sein. Und es scheint, daß gewisse Kreise wünschen, die Neuwahlen unter der Parole: „Keine Räumung des Rheinlandes“ zu führen.

Chamberlains politisches „Programm“.

Der letzte Rede Chamberlains im Unterhaus merkt man recht deutlich an, daß sie mehr erzwungen als freiwillig gehalten wurde. Wohl selten hat ein Staatsmann so viele und schöne Worte gefunden, um nichts zu sagen. Würde man alles das, was Chamberlain mitteilte, wörtlich nehmen, dann hätte in der Tat England in den letzten Jahren nur einen Weg verfolgt: nämlich die Förderung des Locarno-Gebietens und aller Ideen, die einen Krieg unmöglich machen müßten. Leider müssen wir uns aber an Tatsachen halten. Und wenn Englands Außenpolitik, den englisch-russischen Konflikt, die „Freundschaft“ Englands mit Mussolini entschieden realer als die Worte, die Herr Chamberlain im Unterhaus sprach. Wenn der englische Außenminister behauptet, daß die gegenwärtige außenpolitische Lage nicht schlimmer sei, als die von 1924, so denken wir recht lebhaft an die Verwicklungen auf dem Balkan, an die Vorkommnisse um Belgien, an die Rüstungen der Sowjet-Union, an den kläglichen Verlauf der Dreimächte-„Abklärungs“-Konferenzen und an andere weitere Dinge. Dies dürfte uns die Antwort an Chamberlain ersparen. Die Festigkeit und innere Stärke des Völkerverbundes, die Herr Chamberlain so begeistert zu preisen suchte, haben wir in den Tagen des italienisch-österreichischen Konfliktes recht erhellend erkennen können. Und wenn er jetzt von dem „Geist und freundschaftlichen Zusammenarbeiten“ berichtet, der die politischen Aussprüche der Völkerverbündeten durchdringt, so wollen wir ihm etwas von dem

Geist erzählen, der auch heute noch eine Räumung des Rheinlandes für „unerträglich“ hält. Eine Bemerkung Chamberlains verdient eine etwas stärkere Zurückweisung. Er sagte, nichts mehr dazu beigetragen, die Katastrophe des Krieges herbeizuführen, als die Zwangsverpflichtung der damaligen Deutschen, daß es notwendig sei, dafür zu sorgen, daß andere Nationen Streitigkeiten miteinander hätten und daß jede Verbesserung ihrer Beziehungen ein Schlag für Deutschland bedeute. Als der damalige König Eduard so fleißig in Europa herumreiste und für die „Verbesserung“ der Beziehungen Englands zu anderen Nationen sorgte, da kam unseres Wissens die gute und harmlose „Entente“ zustande. Herr Chamberlain behauptet, daß die damalige Einreisepolitik König Eduards eine „Zwangsverpflichtung“ Deutschlands gewesen sei. Herr Chamberlain mag einmal die von den Sowjets veröffentlichten Dokumente aus der Vorkriegszeit nachlesen. Das Wesen der deutschen „Zwangsverpflichtung“ wird ihm dann vielleicht etwas klarer werden.

Zusammenfassung des gewerblichen Mittelstandes.

Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände.

X Berlin, 12. Juli. Die Vertreter einer großen Anzahl von Spitzenverbänden aus Handwerk, Handel und Gewerbe, der Kleinindustrie und den freien Berufen haben die Errichtung einer dauernden Arbeitsgemeinschaft beschlossen. Es wurde als dringlich erklärt, den Berufsparlamenten der Großindustrie, des Großhandels, der Hochfinanz und der Banken sowie des Grundbesitzers ein ebenbürtiges Wachstumsinstrument des gewerblichen Mittelstandes an die Seite zu stellen, das diesem Schutz vor weiterer Vernichtung und Verelendung gewähre. Es wurde folgende Entschliessung angenommen: Die immer härter in die Erscheinung tretende Einkommensungleichheit von einzelnen Interessengruppen auf die Gesamtbevölkerung und die Wirtschaftspolitik hat den gewerblichen Mittelstand und die Verbraucherschaft bis zur Unträglichkeit mit Steuern und anderen Abgaben überlastet, nachdem sie durch die Inflation und die Aufwertungsgehalte bereits ihrer Renten und Betriebsreserven beraubt worden sind. Um diesem Zustand ein Ende zu machen und um die der volkswirtschaftlichen Bedeutung des gewerblichen Mittelstandes und der in der Verelendung ihrer Bedürfnisse von ihm abhängigen Verbraucherschaft entsprechende wirkliche Geltung zu erlangen, haben die Spitzenorganisationen des Gewerbes beschlossen, die im November v. J. errichtete Wehrfront gegen die Wirtschaftsverordnung zu einer dauernden, auf breiter Grundlage auszugestalteten. Unter Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit jeder Organisation in reinen Berufsangelegenheiten soll die Geltendmachung gemeinsamer, sozialer und wirtschaftspolitischer Kredite gegenüber den in Betracht kommenden öffentlichen Körperschaften und Instanzen geschlossen erfolgen. Das Organ hierzu soll die Reichsarbeitsgemeinschaft der Handel- und Gewerbetreibenden, der Kleinindustriellen und der freien Berufe sein. Der Beitritt steht jeder gewerblichen Fachorganisation und den Angehörigen aller gewerblichen Stände ohne Unterschied der parteipolitischen Einstellung offen, wenn sie sich verpflichten, die Solidarität in Gemeinschaftsfragen gemäß den Satzungen zu wahren. In allen größeren Orten des Reiches sollen alsbald öffentliche Arbeitsgemeinschaften errichtet werden.

Ueber die Abstimmung der Zollvorlage

im Reichstag war gemeldet worden, daß die Regierungsvorlage mit 278 gegen 134 Stimmen bei einer Enthaltung, also mit Zweidrittelmehrheit, angenommen worden sei. Auf Grund des endgültigen Ergebnisses stellt sich jetzt heraus, daß das nicht zutrifft. Es wurden im ganzen 414 Stimmen abgegeben. Davon war eine unglückliche. Mit ja haben 251, mit nein 161 Abgeordnete gestimmt. Ein Abgeordneter hat sich der Stimme enthalten. Es fehlen also zur Zweidrittelmehrheit 17 Stimmen. Einzigartig ist die Bemerkung eines Berliner Blattes, daß durch die Zweidrittelmehrheit ein eventueller Einspruch des Reichsrats von vornherein unwirksam sei.

Eine polnische Unverschämtheit.

qu. Berlin. In politischen Kreisen haben die Aufsehen erregenden Mitteilungen über die Zustände an der polnischen Winderbeitsfront in Essen lebhaftest Unruhe hervorgerufen. Bekanntlich sind dort an einer deutschen, das heißt in Deutschland gelegenen und von Deutschland bezahlten Schule, den 40 polnischen Kindern, die sie besuchen, antichristliche Bilder beigebracht worden und Gesichte und Besten in den schändlichsten Sinn vertrieben worden. Man kehrt auf dem Standpunkt, daß es nicht genügt, in diesem einen Fall durchzureisen, sondern daß solche Vorkommnisse durch irgendwelche vorbeugende Maßnahmen überhaupt von vornherein unmöglich gemacht werden müßten. Wie wir hören, ist damit zu rechnen, daß die Angelegenheit in den Parlamenten noch zur Sprache gebracht wird, und die Regierung vor die Frage gestellt wird, ob solche Zustände auch in den anderen nationalen Winderbeitsfronten herrschen, die von Deutschland unterhalten werden.

England für Verabreichung der Besetzung.

Der Unterstaatssekretär des britischen Außenministeriums Boker-Lambton hat gestern im Unterhaus erklärt: „Die britische Regierung ist der Meinung, daß die seit Dezember 1926 vorgenommene beträchtliche Herabsetzung der Truppen nicht weit genug und tatsächlich nicht so weit durchgeführt ist, wie in der Entschliessung der Vorkriegs-Konferenz ins Auge gefaßt wurde. Die Regierung wird fortfahren, ihr Bestes zu tun, damit die baldige Erfüllung der Erwartungen, die durch die Entschliessung der Vorkriegs-Konferenz erregt wurden, tatsächlich durchgeführt wird.“ Diese Erklärung muß sehr ernst beachtet werden. Nebenliche Hinweise sind allerdings schon früher erfolgt, aber doch ist es zum ersten Mal, daß in einer so offiziellen Form im englischen Unterhaus ausgedrückt wurde, daß die Verabreichungen der Vorkriegs-Konferenz noch nicht genügend erfüllt sind und daß die englische Regierung sich dafür einsetzen wird, daß eine fühlbare Verabreichung der Truppen alsbald vorgenommen wird.

Sor einem Kleinrentner-Versorgungsgefes.

BR. Die Kleinrentner haben eine schwere Enttäuschung erlitten. Die vom Reichstag für sie bereitgestellten Sondermittel werden durchweg von den Fürsorgeverbänden abgelehnt, weil die an die Bereitwilligkeit geknüpften Bedingungen, entsprechend auch der Stellungnahme des Deutschen Städtebundes, nicht annehmbar erscheinen.

In der durch die Bewilligung des Reichstages erwiderten Hoffnung auf Besserung der Lage sehen sich die Kleinrentner also getäuscht. Diese Enttäuschung muß nach allem Schwerkem, das gerade die Kleinrentner haben durchmachen müssen, lebhaftes Mitleid auslösen. Zur Zeit werden den Kleinrentnern neue Hoffnungen erweckt: man stellt bereits für eine nahe Zukunft ein Kleinrentner-Versorgungsgefes in Aussicht. Ein Gesetz, das die Kleinrentner von der öffentlichen Fürsorge freimachen und ihnen durch Rentenversorgung ihre wirtschaftliche Selbstständigkeit wiederverleihen soll, wäre vom sozialpolitischen Standpunkt aus sicherlich erwünscht. Es würde geeignet sein, einem für Individualfürsorge durchaus nicht geeigneten Massenstand durch allgemeine gesetzliche Versorgungsmaßnahmen abzuheben und die Fürsorge, ihrem Wesen entsprechend, auf besonders geartete Einzelfälle zu beschränken. Es fehlt indessen heute noch durchaus an Unterlagen, um zu ermeßen, welche Kreise von Kleinrentnern für die Versorgungsmaßnahmen in Betracht kommen, welche Aufwendungen erforderlich sein werden und nach welchen Grundrissen ein Kleinrentner-Versorgungsgefes im einzelnen zu gestalten wäre.

Die in Frage kommenden Fachkreise suchen in schwierigen Vorarbeiten eine Klärung zur Zeit herbeizuführen. Aus diesen Vorarbeiten ergibt sich das Interesse der Fachkreise für eine angemessene Regelung der Kleinrentnerfrage. Es ist aber noch verfrüht, aus diesen Vorarbeiten auf die baldige Durchführung der Kleinrentnerversorgung zu schließen.

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge hat für die Untersuchung, ob ein Kleinrentner-Versorgungsgefes möglich ist, einen besonderen Ausschuss eingesetzt. Schon die grundsätzlichen Fragen zeigen die Schwierigkeit der Behandlung dieses Gegenstandes. Sollen Einheitsrenten mit Familienzuschlägen gewährt werden oder sollen die Renten je nach der Größe des Vermögensverhältnisses abgestuft werden? Welches Mindestalter für die Gewährung der Renten soll eingeführt werden? Sollen nur Erwerbsfähige die Rente erhalten? Soll Bedürftigkeit die Voraussetzung für die Gewährung der Rente sein? Diese Fragen können nur auf Grund statistischen Materials geklärt werden, das zur Zeit noch nicht vorhanden ist und das aus der allgemeinen Fürsorgestatistik herauszulösen außerordentlich schwierig sein wird.

Die Kosten aus dem Kleinrentner-Versorgungsgefes werden auf 200 bis 250 Millionen RM. geschätzt.

Die Trümmerstätte Rabl's.

Jerusalem. (Funkpruch.) Die vom Erdbeben heimgeführte Stadt Rabl's bietet ein furchtbares Bild der Zerstörung. Viele Häuser sind gänzlich zusammengefallen, kein einziges Haus ist ganz verschont geblieben. Die Geschädigten sind verendet, die Bevölkerung hat außerhalb der Stadt in Zelten eine notdürftige Unterkunft gefunden. Unter Leitung der englischen Polizei ist man inmitten der Einkurgengefahr an der Arbeit, um aus den Trümmern noch Verschüttete zu retten. Die Faltung der Toten zeigt, daß sie bei ihrer gewöhnlichen Beschäftigung vom Lode überrascht worden sind. Nach bedrücklichen Schätzungen hat das Erdbeben in Palästina über 150 und im Lande jenseits des Jordans etwa 100 Tote gefordert. Verletzt sind über 500 Menschen. Europäer befinden sich nach den bisherigen Meldungen nicht unter ihnen.